

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 7. Oktober 1981

am Donnerstag, dem 8. Oktober 1981

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Biehle (CDU/CSU)	67, 68	Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	21
Bindig (SPD)	13	Dr. Lammert (CDU/CSU)	26, 41
Dr. Bötsch (CDU/CSU)	86, 87	Dr. Laufs (CDU/CSU)	6
Bredenhorn (FDP)	33, 34	Linsmeier (CDU/CSU)	15
Dr. Bugl (CDU/CSU)	39, 40	Meininghaus (SPD)	88, 89
Conradi (SPD)	97, 98	Menzel (SPD)	31, 32
Dr. Czaja (CDU/CSU)	14, 75	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	101, 102
Eigen (CDU/CSU)	35, 36	Dr. Miltner (CDU/CSU)	9
Feile (SPD)	11, 12	Milz (CDU/CSU)	43, 44
Fellner (CDU/CSU)	76, 77	Müller (Remscheid) (CDU/CSU)	24
		Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	73, 74
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	91, 92	Dr. Olderog (CDU/CSU)	69
Glos (CDU/CSU)	27, 28	Pauli (SPD)	82, 83
Hansen (SPD)	61, 62	Röhner (CDU/CSU)	18
Dr. Hennig (CDU/CSU)	10, 50	Frau Schmedt (Lengerich) (SPD)	93, 94
Herberholz (SPD)	47, 90	Schröder (Hannover) (SPD)	95, 96
Hinsken (CDU/CSU)	78, 79	Schröder (Lüneburg) (CDU/CSU)	51, 52
Dr. Hüsck (CDU/CSU)	2	Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) (CDU/CSU)	19
Dr. Hupka (CDU/CSU)	25, 49	Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	1, 48
Dr. Jenninger (CDU/CSU)	16, 17	Dr. Spöri (SPD)	29, 30
Dr. Jentsch (Wiesbaden) (CDU/CSU)	8	Frau Steinhauer (SPD)	3, 84
Dr. Jobst (CDU/CSU)	23, 85	Stutzer (CDU/CSU)	58, 59
Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU)	80, 81	Thüsing (SPD)	71, 72
Kirschner (SPD)	60	Vogt (Düren) (CDU/CSU)	22
Dr. Klejdzinski (SPD)	53, 54	Dr. Voss (CDU/CSU)	65, 66
Kolb (CDU/CSU)	55, 56	Waltemathe (SPD)	99, 100
Kolbow (SPD)	63, 64	Dr. Warnke (CDU/CSU)	20
Krey (CDU/CSU)	45	Weirich (CDU/CSU)	37, 38
Dr. Kübler (SPD)	7, 42	Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)	57, 70
Kühbacher (SPD)	4, 5	Zierer (CDU/CSU)	46

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	8
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	15

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

1. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß zumindest für einige Bezirke der DDR eine Anweisung an Tankwarte besteht, wonach auf den Mindestumtausch für einen Tag in Höhe von 25 DM an „Kunden aus dem nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet“ keine Betankung erfolgen darf, und wie gedenkt die Bundesregierung, falls zutreffend, auf diese einschränkende Maßnahme des innerdeutschen Besuchs – und Reiseverkehrs zu reagieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

2. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die in der Studie des „Birla Institute of Scientific Research“ dargestellte Auffassung, daß die seit 30 Jahren vornehmlich aus dem Westen nach Indien fließende Entwicklungshilfe das Gleichgewicht der indischen Wirtschaft gestört und den Bemühungen entgegenwirkt habe, tatsächlich unabhängig zu werden, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus diesem kritischen Ansatz des Berichts des „Birla Instituts of Scientific Research“ hinsichtlich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Indien ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

3. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD)
- Wann gedenkt die Bundesregierung, die Abschlußqualifikationen für die Absolventen der von ihr getragenen Bundesfachschule für öffentliche Verwaltung in Dieburg, insbesondere das Abschlußdiplom und die etwaige Hochschulzugangsberechtigung, zu regeln?
4. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig, daß die Geeignetheit des Salzstocks Gorleben zur Zeit weder endgültig bejaht noch verneint werden kann, sondern daß erst nach Einbringung des Schachtes und der entsprechenden Querstollen gesagt werden kann, ob in diesem Salzstock radioaktive Abfälle endgültig gelagert werden können?
5. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß bei den gegenwärtigen Ansammlungen von Abfällen in der Bundesrepublik Deutschland nicht gleichzeitig Probebohrungen an anderen möglicherweise geeigneten Salzstöcken vorgenommen werden müssen, und hat sie in diesem Zusammenhang mit der niedersächsischen bzw. schleswig-holsteinischen Landesregierung Gespräche über neue Bohrungen an Salzstöcken in diesen Bundesländern geführt, gegebenenfalls mit welchem Ziel?

6. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Genehmigungsfähigkeit und Realisierbarkeit der trockenen Zwischenlagerung von Brennelementen in Castor-Behältern auf Kernkraftwerksgeländen?
7. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Trifft es zu, daß die bayerische Landesregierung bislang, obwohl sie auf Grund des gemeinsamen Beschlusses des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten vom Februar 1980 dazu auch verpflichtet gewesen wäre, keine Vorschläge zu Entsorgungsformen wie Zwischenlager oder zu Standorten einer Wiederaufbereitungsanlage gemacht hat, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
8. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung getan, um die Bevölkerung über die Zahl und Art der an der Demonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn teilnehmenden kommunistischen und anderen linksextremistischen Organisationen zu informieren, und welche Wirkung hatte eine derartige eventuelle Aufklärungsarbeit der Bundesregierung gegenüber der Bevölkerung?
9. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, daß Extremisten die Demonstration vom 10. Oktober 1981 in Bonn zum Anlaß nehmen, Gewalt anzuwenden und das Recht auf friedliche Versammlung zu mißbrauchen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

10. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Spricht nach Ansicht der Bundesregierung irgend etwas dagegen, die Regelung des § 11 des Feuer-
schutzsteuergesetzes über das Jahr 1983 zu ver-
längern, und wie beurteilt die Bundesregierung die
künftige Entwicklung des Aufkommens aus diesem
Gesetz in den Jahren 1982 und 1983?
11. Abgeordneter
Feile
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß
trotz des gegenwärtig hohen Zinsniveaus die Zinsen
für Sparguthaben durchschnittlich nur um 1/2
Prozent angestiegen sind, wobei jedoch in Einzel-
fällen 3 bis 4 Prozent Bonuszinsen an Sparkunden
mit über 8 000 DM Sparguthaben gewährt, hingegen
die Masse der Kleinsparer — 2/3 aller Kunden haben
weniger als 5 000 DM auf dem Sparbuch — ohne
solche Bonuszinsen blieb?
12. Abgeordneter
Feile
(SPD) Kann die Bundesregierung die Meldung bestätigen,
daß die durch die niedrigen Zinsen für Kleinsparer
bei den Banken anfallenden Mehrerträge mit dazu
dienen sollen, Verluste der Banken aus milliarden-
schweren Anleihen mit viel zu niedrigen Zinsen
bzw. aus Zuschüssen an Problemkonzerne zu finan-
zieren?

13. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten noch für angemessen, daß der Betrag bei Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist gemäß § 22 des Gesetzes über das Kreditwesen, der ohne Kündigung und Berechnung von Vorschußzinsen zurückgefordert werden kann, seit 1971 unverändert 2 000 DM beträgt, und denkt die Bundesregierung an eine baldige Novellierung dieses Gesetzes mit dem Ziel, den Freibetrag deutlich zu erhöhen?
14. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welche Leistungen des Bundeshaushalts werden 1982 aus Bürgschaftsverpflichtungen im Zusammenhang mit polnischer Kreditaufnahme und aus sonstigen Hilfen für die Volksrepublik Polen zu erbringen sein?
15. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag eine Gesetzesinitiative vorzulegen, die zum Ziel hat, die aus Österreich nach Übersee ausgewanderten Siebenbürger Sachsen in den Personenkreis aufzunehmen, auf den die Bestimmungen des Lastenausgleichs- bzw. Kriegsschädengesetzes anzuwenden sind, und wie groß ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung der davon betroffene Personenkreis?
16. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung hat die Aussage von Bundeskanzler Schmidt am 24. September 1981 vor Arbeitnehmern eines ostbayerischen Betriebs, „Was die Kilometerpauschale angeht: Ich sehe mit Interesse einer Gesetzgebungsinitiative der bayerischen Staatsregierung im Bundesrat entgegen. Das meine ich ernst.“?
17. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundeskanzler sich bewußt, daß seine Aussage vom 24. September 1981 von zahlreichen betroffenen Arbeitnehmern als Zusage einer Erhöhung der Kilometerpauschale verstanden wurde?
18. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU)
- Teilt der Bundeskanzler die Auffassung, daß es sich bei der Kilometerpauschale um eine Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes handelt, in der die Bundesregierung bei bundesweitem Handlungsbedarf rechtlich, politisch und moralisch verpflichtet ist, die Initiative zur Erhöhung der Kilometerpauschale zu ergreifen?
19. Abgeordneter
Dr. Schulte
(Schwäbisch Gmünd)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Entwicklung der Benzinpreise, insbesondere in Anbetracht der von ihr selbst durchgesetzten Mineralölsteuererhöhungen, für derartig belastend, daß ein Ausgleich durch Erhöhung der Kilometerpauschale notwendig ist?
20. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU)
- Hält der Bundeskanzler die Auswirkung der von der Bundesregierung zum Ersatz der Kfz-Steuer geplanten weiteren Mineralölsteuererhöhung für derartig belastend, daß ein Ausgleich durch Erhöhung der Kilometerpauschale notwendig ist?

21. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Beabsichtigt der Bundeskanzler, von seiner Richtlinienkompetenz dahin gehend Gebrauch zu machen, daß er zur Entlastung der Arbeitnehmer insbesondere in den ländlichen Räumen im Bundeskabinett den Beschluß herbeiführt, einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Kilometerpauschale vorzulegen?
22. Abgeordneter
Vogt
(Düren)
(CDU/CSU) Falls der Bundeskanzler eine Erhöhung der Kilometerpauschale beabsichtigt, welche Erhöhung ist vorgesehen?
23. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Falls der Bundeskanzler eine Erhöhung der Kilometerpauschale beabsichtigt, bis wann wird die Bundesregierung spätestens den Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag einbringen?
24. Abgeordneter
Müller
(Remscheid)
(CDU/CSU) Warum hat die SPD-geführte Bundesregierung in den vergangenen zwölf Jahren niemals dem Deutschen Bundestag eine Erhöhung der Kilometerpauschale vorgeschlagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

25. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Welche berechtigten Interessen hat die Sowjetunion nach Auffassung des Bundeswirtschaftsministers in Afghanistan, nachdem er in seiner Tischrede in Moskau am 24. September 1981 erklärt hat, „Für die Lage in diesem Land muß eine Lösung gefunden werden, die den berechtigten Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt.“?
26. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) In welcher Weise ist die Bundesregierung an den nach ihrer eigenen Auskunft gegenwärtig stattfindenden Gesprächen über eine künftige Zusammenarbeit zwischen den Stahlunternehmen Krupp und Hoesch bzw. dem bundeseigenen Salzgitter-Konzern beteiligt, und welche Ergebnisse strebt sie dabei an oder sind bereits erreicht?
27. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung die Auswirkungen der vorgesehenen kurzfristig stark steigenden Stahlpreiserhöhungen insbesondere auf die mittelständischen Stahlverarbeiter im Zulieferbereich bekannt, und hat sie diese Folgen bei ihrer Stahlpolitik bedacht?
28. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Hätten die Auswirkungen der bevorstehenden Stahlpreiserhöhungen insbesondere auf mittelständische Stahlverarbeiter verhindert oder gemildert werden können, wenn in der Vergangenheit durch geeignete Schritte erreicht worden wäre, daß innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Stahlproduktion nicht subventioniert wird?
29. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung Konkurrenzsituation und Arbeitsplatzentwicklung in der deutschen Textilindustrie?

30. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Verhandlungsstand zum neuen Welttextilabkommen?
31. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Hält die Bundesregierung an der beim Zusammenschluß der VEBA AG und der Gelsenberg AG bekundeten Zielsetzung, daß dadurch die VEBA in die Lage versetzt werden soll, die Aufgaben eines nationalen Ölkonzerns zu übernehmen, fest, und hält sie es im nationalen Interesse für erforderlich, daß die VEBA ihren Anteil an der Mineralölverarbeitung, dem Vertrieb von Mineralölprodukten und an der Versorgung mit Mineralölprodukten beibehält bzw. ausbaut?
32. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, durch gezielte Maßnahmen sicherzustellen, daß die VEBA ihre jetzige Stellung auf dem Mineralölmarkt mindestens erhält und wegen der Wettbewerbsbenachteiligung, die durch die bei den Hauptkonkurrenten bei weitem nicht abgeschöpften „Windfallprofits“ besteht, in der Verarbeitung und am Markt nicht zurückgedrängt oder gar verdrängt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

33. Abgeordneter
Bredhorn
(FDP) Wie hoch wären die Einsparungen im Agraretat, wenn 5 v. H. der Subventionen und 5 v. H. der Sozialausgaben gekürzt würden?
34. Abgeordneter
Bredhorn
(FDP) Welcher Betrag würde gespart bei einer Beteiligung der Altenteiler an den Krankheitskosten in Höhe von 10 v. H.?
35. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Wie wird sich nach Meinung der Bundesregierung der bedingungslose Expansionskurs der französischen Regierung unter Premierminister Pierre Mauroy für die französische Landwirtschaft in der EG auswirken, und wird sich die Bundesregierung zu den vier Prioritäten der französischen Regierung – Verteidigung der Gemeinschaftspräferenzen, Verbesserung der Marktordnung für Wein, Obst und Gemüse, die Rückkehr zum Prinzip der einheitlichen Preise und eine aktive Exportpolitik – im Rahmen der Debatte um die EG-Agrarreform einlassen?
36. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Wie stellt sich die Bundesregierung zu der erklärten Absicht der französischen Regierung, der französischen Landwirtschaft mit einer direkten Einkommensübertragung die Einkommensenkung des letzten Jahres auszugleichen, während die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mehrjährige Einkommensminderungen für die deutsche Landwirtschaft hinnimmt und zusätzlich die Ansätze im Haushalt 1982 für die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ und im Sozialbereich empfindlich kürzt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

37. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Was sind die Gründe für die Vergabe eines Forschungsauftrags seitens des Bundesforschungsministeriums an Dr. Ing. Klaus Traube von der Freien Universität Berlin über 683 000 DM?
38. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Wie werden die Forschungsberichte im einzelnen ausgewertet, und wo sind sie erhältlich?
39. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU) Wieviel Gutachten und Studien hat das Bundesforschungsministerium seit 1973 für den Bereich Energieforschung vergeben, und wo sind diese Gutachten erhältlich?
40. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU) Welche konkreten Folgerungen hat das Bundesforschungsministerium aus den bisher abgegebenen Gutachten zum Bereich Energieforschung im einzelnen gezogen, dargestellt an einigen Fallbeispielen?
41. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Liegt die im März dieses Jahrs angekündigte Stellungnahme der Bundesregierung zum Inhalt und zu den Ergebnissen der Umwelt-Studie „The Global 2000 Report to President“ vom Juli 1980 inzwischen vor, und wann und in welcher Form ist mit ihrer Veröffentlichung zu rechnen?
42. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Ist die Bundesregierung nach ihren kürzlichen Gesprächen mit der niedersächsischen Landesregierung über die Endlagerung radioaktiven Abfalls darüber unterrichtet, ob es zutrifft, daß die niedersächsische Landesregierung Überlegungen, das stillgelegte Salzbergwerk Asse als Endlager für radioaktiven Abfall wieder in Betrieb zu nehmen, bislang negativ gegenübersteht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

43. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Werden Mitglieder der Bundesregierung an der großen Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn teilnehmen, und wie wird sich gegebenenfalls demgegenüber der Bundeskanzler verhalten?
44. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wie ist die Aussage des Bundeskanzlers zu bewerten, er sei gegen Kundgebungen, wie beispielsweise die Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn, die intern eine Kampfansage an die Regierung darstellen würden?
45. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß — wie z. B., in der Bildzeitung vom 1. Oktober 1981 erklärt wird — derjenige, der am 10. Oktober in Bonn demonstriert, in Wahrheit gegen Abrüstung und Frieden demonstriert, dem Bundeskanzler in den

- Rücken fällt und in Wirklichkeit sowjetischen Machtinteressen dient, und wenn ja, wird sie diese Auffassung so nachdrücklich deutlich machen, daß sie vor dem 10. Oktober 1981 in das Bewußtsein der Öffentlichkeit dringt?
46. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU) Hält der Bundeskanzler seine Auffassung aufrecht, die Demonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn und die Teilnahme daran sei eine Kampfansage an die Politik der Bundesregierung, nachdem viele SPD- und FDP-Mitglieder erklärt haben, diese Demonstration diene dem Frieden, und ihre Absicht bekundet haben, an der Demonstration teilzunehmen?
47. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu einem objektiveren Deutschlandbild bei den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten US-Soldaten beizutragen, nachdem anlässlich des diesjährigen NATO-Herbstmanövers eine Informationsbroschüre über die Bundesrepublik Deutschland durch die US-Streitkräfte verteilt wurde, in der sich das amerikanische Deutschlandbild als nicht der Realität entsprechend darstellte?
48. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Abteilung für journalistische Beziehungen im DDR-Außenministerium einem Journalisten der „Welt“ die Anreise zur Berichterstattung über die vom 18. September begonnene Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Güstrow-Mecklenburg verweigert hat, weil das Blatt in seiner Berichterstattung die DDR in Anführungsstriche setzt, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung bei der DDR-Regierung zu unternehmen, um derartige Zurückweisungen von Journalisten zukünftig zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

49. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Warum wiederholt die Bundesregierung alle Jahre auf der UN-Vollversammlung nur den Brief zur deutschen Einheit, ohne die gleiche Ausführlichkeit dem Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung zu widmen wie der „Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes“ oder der „Selbstbestimmung und Unabhängigkeit“ Afghanistans?
50. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Direktorat für Informationsmedien Nicaraguas am 29. September 1981 zum wiederholten Male angeordnet hat, die Herausgabe der Zeitung „La Prensa“ für 48 Stunden einzustellen, wodurch die Existenz dieser einzigen freien Zeitung bedroht wird, und hat die Bundesregierung gegebenenfalls Möglichkeiten, über ihre diplomatische Vertretung in Nicaragua auf eine Erhaltung des pluralistischen Weges in diesem Land hinzuwirken?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

51. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Sind Pressemeldungen zutreffend, denenzufolge die Bundesanstalt für Arbeit nicht in der Lage sein soll, fällige Außenstände in einer Größenordnung von über 1,5 Milliarden DM einzuziehen?
52. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung geprüft, ob es nicht sinnvoll wäre, zur Vermeidung von Zinsverlusten und zur Erhaltung der Liquidität die Außenstände durch private Inkassobüros einziehen zu lassen?
53. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Gibt die Arbeitsmarktentwicklung der Standorte in Nordrhein-Westfalen nach Ansicht der Bundesregierung zu besonderer Sorge Anlaß?
54. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation dieser Region weitere Belastungen des Arbeitsmarkts, die bei einem unbefriedigenden Fortgang der Beratungen über die Verlängerung des Welttextilabkommens drohen, nicht hingenommen werden können?
55. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wie hoch der versicherungsmathematische Abschlag bei vorgezogenem Altersruhegeld bei 63 bzw. 60 Jahren sein müßte, und wie hoch er zur Zeit in Praxis ist?
56. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der im Schreiben vom 23. Juni 1981 vom BMA Ib2 — 1674.2 genannte Krankenstand nur die Anzahl der Krankentage beinhaltet, die über die Tage der Lohn- bzw. Gehaltszahlung wirksam wurden, und ist es richtig, daß es keinen statistischen Nachweis für die Ausfalltage gibt, die nur der Lohn- und Gehaltsfortzahlung unterlagen?
57. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Auswirkung die beabsichtigte Aufhebung der Versicherungsfreigrenze für die Zeitungsverlage hat, die vor allem für den Vertrieb der Tageszeitungen darauf angewiesen sind, diesen durch Zusteller vornehmen zu lassen, und ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Belastungen für die hauptsächlich mittelständischen Verlage zu vertreten sind?
58. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundesanstalt für Arbeit, daß an dem Defizit der Personalausstattung die Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung scheitern wird, oder sollten trotz steigender Arbeitslosenzahlen und einer von der Bundesanstalt nachgewiesenen starken Zunahme der Gesamtbelastungen auf Stellenmehrungen verzichtet, Stellenkürzungen durchgeführt und dabei noch Kräfte für neue Aufgaben bereitgestellt werden?

59. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung die Bundesanstalt für Arbeit in die Lage versetzen, daß Arbeitsvermittlung und Berufsberatung wieder so durchgeführt werden können, wie es Arbeits- und Ausbildungsplatzratsuchende und die Wirtschaft von ihr erwarten und wie es das Arbeitsförderungsgesetz fordert, oder ist sie der Meinung, daß der Personalengpaß die Anstalt nicht daran hindert, alle Arbeiten ordnungsgemäß durchzuführen?
60. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß laut Mitteilung des Verbands der Rentenversicherungsträger (VDR) in der Arbeiterrentenversicherung im Vertrauensärztlichen Dienst (VÄD) nur 77,4 v. H. der Planstellen und im ärztlichen Gutachterdienst der Rentenversicherungsträger sogar nur 69,1 v. H. der Planstellen besetzt sind, daß rund zwei Drittel dieser Ärzte älter als 55 Jahre sind und deshalb in wenigen Jahren ausscheiden werden, und wie ist die Situation bei den entsprechenden Sozialversicherungsträgern der bundesunmittelbaren Körperschaften (beispielsweise BfA, BA)?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

61. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Mit welcher Begründung ist die Gewährung von Ausbildungshilfe durch die Bundeswehr an Militärs aus Ländern, in denen gefoltert wird, als von den Interessen der Bundesrepublik Deutschland geleitete Kontakte zu ausländischen Staaten (Plenarprotokoll vom 30. September 1981, Seite 3088) zu verstehen, und gilt das insbesondere auch für die im Jahr 1981 erneut gewährte Ausbildungshilfe an Paraguay?
62. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Trifft es zu, daß auf den Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehrrersatzamt in Würzburg dadurch Druck auf die Ausschußmitglieder ausgeübt wird, daß „dienstaufsichtlich versucht wird, Richtzahlen für die zu erledigenden Verfahren pro Jahr und Vorsitzenden durchzusetzen“ (Frankfurter Rundschau vom 30. September 1981, Seite 4) und der stellvertretende Leiter des Kreiswehrrersatzamts und Vorsitzende des Prüfungsausschusses deswegen aus Gewissensgründen um eine andere Verwendung gebeten hat?
63. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) Trifft es zu, daß es Richtzahlen für die zu erledigenden Verfahren zur Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern pro Jahr und Prüfungsausschußvorsitzenden gibt, und wenn ja, welche Bedeutung haben diese Richtzahlen?
64. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) Gibt es Anweisungen, sie mit dienstaufsichtlichen Möglichkeiten durchzusetzen?
65. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß bei dem Bundeswehrmanöver „colt fire“, das vor wenigen Wochen stattfand, Redakteure kommunistischer und linksextremistischer Zeitungen eingeladen wurden, und wer hat gegebenenfalls diese Einladung veranlaßt?

66. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen wurden getroffen, um zu verhindern, daß diese Redakteure Zugang zu den sicherheitsempfindlichen Bereichen hatten?
67. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Warum und unter welchen Gesichtspunkten hat das Bundesverteidigungsministerium drei Pressevertreter kommunistischer Organe in der Bundesrepublik Deutschland am 17. September 1981 trotz Warnung hoher Offiziere der Luftwaffe zu der Bundeswehrübung „colt fire“ auf den zum besonders sicherheitsgefährdeten Bereich der Bundeswehr gehörenden Fliegerhorst Memmingen eingeladen?
68. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß wegen dieser drei Teilnehmer aus Sicherheitsgründen zum Nachteil anderer Pressevertreter die Übung „entschärft“ bzw. anders abgelaufen ist und trotz der Warnungen das Bundesverteidigungsministerium nicht bereit war, die Einladung rückgängig zu machen?
69. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, das bei der Bundeswehr ausgesonderte Material, insbesondere Zelte, Sanitätsmaterial, Bestecke, Decken, Notstromaggregate u. a. den Hilfsorganisationen Arbeiter Samariter Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst als Übungsmaterial zur Verfügung zu stellen?
70. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß auf dem Bundeswehr-Flughafen Husum 14 Hubschrauber des Typs Bell – UHD 1 verrotten, weil durch Mangel an Ersatzteilen ein Klarstand der Maschinen nicht mehr herbeigeführt werden kann, und welchen Beschaffungswert stellen diese Hubschrauber dar?
71. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerungen von Generalmajor a. D. Günter Vollmer, der darauf hingewiesen hat, daß die derzeitige Verteidigungskonzeption dem Verfassungsauftrag der Bundeswehr, unser Land zu verteidigen, nicht gerecht wird?
72. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Wissenschaftlern, die darauf hingewiesen haben, daß der „Elektro-Magnetische Impuls (EMP)“ einer hoch über der Erdoberfläche gezündeten Atombombe die elektronischen Systeme Westeuropas funktionsuntüchtig machen und damit eine zentrale Koordination der Kommandostrukturen unseres Verteidigungssystems unmöglich machen würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

73. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, wie die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, die öffentlich geführten Familienferienstätten aus der Zweckbindung zu entlassen?
74. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, wonach in der Bundesrepublik Deutschland pro Jahr 100 Kinder erschlagen und mehr als 60 000 Kinder mißhandelt werden, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dem entgegenzuwirken?

75. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Sind die Unterhaltsleistungen für die Aussiedlerkinder in den Förderschulen aus dem Garantiefonds gesichert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

76. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU) Haben sich bei den Gesprächen des Bundeskanzlers mit seinem österreichischen Amtskollegen Kreisky, in denen der Bundeskanzler die Zusagen der Bundesregierung zum Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals bekräftigte, neue Aspekte in der Beurteilung dieses Kanals ergeben?
77. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, eine entsprechende Zusage auch gegenüber der bayerischen Staatsregierung zu machen?
78. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Gibt es Erkenntnisse, wieviel Prozent der bundesdeutschen Autofahrer sich an die Empfehlung des Bundesinnenministers gehalten haben, am 27. September das Auto zu Hause zu lassen?
79. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Wie hoch war der finanzielle Aufwand, einschließlich der hierzu beschäftigten Beamten, für diesen autofreien Sonntag?
80. Abgeordneter
Dr.-Ing. Kansy
(CDU/CSU) Welche Gründe hat die Bundesregierung, die Stelle des Präsidenten der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Aurich erstmalig und auch einmalig in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Juristen statt mit einem Techniker zu besetzen?
81. Abgeordneter
Dr.-Ing. Kansy
(CDU/CSU) Glaubt die Bundesregierung, mit dieser Praxis, Ingenieure als Leiter von technischen Behörden durch Juristen zu ersetzen, das Interesse junger Menschen am Studium technischer Fächer zu erhöhen?
82. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Sonderfahrspuren für Linienbusse ein geeignetes Mittel zur Verbesserung des Personennahverkehrs sind, und ist die Bundesregierung bereit, die Finanzierungsrichtlinien dahin gehend zu ändern, daß notwendige Omnibusspuren beim Neu- und Ausbau von Fernstraßen durch den jeweiligen Baulastträger gebaut und finanziert werden?
83. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Liegen der Bundesregierung inzwischen Erkenntnisse aus den Modellversuchen zur Verbesserung der öffentlichen Verkehrsbedingungen im ländlichen Raum vor, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, der Stilllegung weiterer Bundesbahnschienenstrecken zu begegnen?

84. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) Trifft es zu, daß im Bereich der Ausbildung bei der Deutschen Bundesbahn die Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) durch Nichtzurverfügungstellung von ausreichenden kostenlosen Ausbildungsmitteln an die Auszubildenden (gem. § 6 Abs. 1 Nr. 3 des BBiG) umgangen werden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Einhaltung eines Bundesgesetzes in einem Bundesbetrieb zu gewährleisten?
85. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung im Hinblick darauf, daß während oder im Zusammenhang mit der Demonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn mit Ausschreitungen zu rechnen ist, mit den Verpflichtungen der Deutschen Bundesbahn als eines Bundesunternehmens für vereinbar, mit Sonderzügen Teilnehmer zu befördern, die sich möglicherweise an Straftaten beteiligen, und wird sie deshalb die Deutsche Bundesbahn veranlassen, von dem Einsatz der Sonderzüge abzusehen?
86. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) Befürchtet die Bundesregierung Zerstörungen oder sonstige Straftaten in den von der Deutschen Bundesbahn zu der Demonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn eingeplanten Sonderzügen, und ist sie gegebenenfalls der Auffassung, daß die Deutsche Bundesbahn die Bereitstellung der Sonderzüge unterlassen müßte?
87. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) Wird durch den Einsatz von Sonderzügen zu der Demonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn der übrige Zugverkehr sowie die Abfertigung der normalen Reisenden auf dem Hauptbahnhof Bonn beeinträchtigt, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls der Auffassung, daß die Deutsche Bundesbahn im Interesse der normalen Zugbenutzer die Bereitstellung von Sonderzügen einschränken muß?
88. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Kraftfahrzeugzubehörindustrie vom TÜV zugelassene Auspuffanlagen und Aggregate zur Motormanipulation anbietet, die dem Fahrzeug zwar den „Sound“ eines Rennwagens verleiht, deren übermäßiger Lärm jedoch in keinem Verhältnis zu einer Leistungsverbesserung steht, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um die Geräuscentwicklung direkt an der Quelle, d. h. am Fahrzeug, wirksamer zu bekämpfen?
89. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD) Welche Meßverfahren und rechtliche Handhabungen stehen den Ordnungskräften zur Verfügung, um übermäßigen Lärm im Straßenverkehr zu bekämpfen, der durch unzulässig veränderte Motorräder und Kraftfahrzeuge verursacht wird, oder der durch vorschriftsmäßige Fahrzeuge entsteht, die mit unnötig hohen Motordrehzahlen gefahren werden, oder durch Fahrzeuge, die mit unangemessener Geschwindigkeit und kreischenden Rädern eine Kurve befahren, oder die vermeidbar geräuschvoll anfahren (Kavalleriestarts) oder bremsen, und wäre es ratsam, die Bestimmungen der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung und der Straßenverkehrs-Ordnung zu verschärfen und zur Abschreckung die Strafandrohung für „Lärmsünder“ zu erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

90. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) In welchem Zeitraum beabsichtigt die Deutsche Bundespost, öffentliche Fernsprecher so einzurichten, daß von dort aus auch Telefonate in das Ausland möglich sind?
91. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wie hoch ist der Ausfall an Arbeitstagen bei der Deutschen Bundespost und bei der Deutschen Bundesbahn für freigestellte Personalräte, Fortbildungsmaßnahmen durch die Gewerkschaften, Kuren und Krankheiten?
92. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost auf Grund der Tatsache, daß sie Nachwuchskräfte für den einfachen und mittleren Dienst nach dem Berufsbildungsgesetz ausbilden wird, etwa 1 000 Arbeitskräfte mehr als Ausbilder benötigt, und hält sie dies mit den gebotenen Sparmaßnahmen für vereinbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

93. Abgeordnete
Frau Schmedt
(Lengerich)
(SPD) Hätte eine vorzeitige Rückzahlung und ein sofortiger Bindungswegfall bei Sozialwohnungen Auswirkungen auf den freifinanzierten Mietwohnungsbau?
94. Abgeordnete
Frau Schmedt
(Lengerich)
(SPD) Wie ist das Zahlenverhältnis von Wohnungen, die bei vorzeitiger Rückzahlung und Bindungsablösung dem sozialen Mietwohnungsbestand nicht mehr zur Verfügung stünden, zu den Wohnungen, die im Neubau mit den frühzeitig zurückgeflossenen Mitteln gefördert werden könnten?
95. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Welche Mietergruppen von Sozialwohnungen würden bei einem auf ältere Förderungsjahrgänge bezogenen pauschalen Abbau der Mietvorteile besonders betroffen?
96. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Welche Auswirkungen hätten pauschale Zinsanhebungen im älteren sozialen Mietwohnungsbestand auf das Problem der Mietverzerrungen?
97. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Wie verteilt sich der Mietvorteil für Sozialwohnungen insgesamt auf Verdichtungsräume und ländliche Gebiete?
98. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Wie ist die Nutzerstruktur von Sozialwohnungen im Vergleich zu freifinanzierten Wohnungen, und welche Schlußfolgerungen für den Versorgungswert der Sozialwohnungen zieht die Bundesregierung daraus?

99. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) In welchen Bereichen wäre bei einem sofortigen Wegfall der Sozialbindungen infolge vorzeitiger Rückzahlung der Darlehen mit den größten Mietsteigerungen zu rechnen?
100. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Fortfall der Verfügungsmöglichkeit über die Sozialwohnungen, für die bei vorzeitiger Rückzahlung der Darlehen die Nachwirkfrist sofort endet?
101. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) Welche Unterlagen und Untersuchungen liegen dem Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vor, in denen eine „schleichende Gefährdung des Grundwassers und die sich daraus ergebende Ungenießbarkeit des Trinkwassers“ nachgewiesen wird?
102. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) Sind es in diesem Zusammenhang Vorschläge aus der Wissenschaft oder Vorschläge der Bundesregierung, die empfehlen, „Trinkwassereinzugsgebiete aus der intensiven Landwirtschaft zu nehmen und die Mineraldünger drastisch zu verteuern“?

Bonn, den 2. Oktober 1981